



Bärbel Bas, MdB
SPD-Bundestagsfraktion

→ Überwindung der Dualität zwischen GKV und PKV durch die Bürgerversicherung

Wenn zwei Gesundheitspolitiker über den Wettbewerb sprechen, benutzen sie häufig die gleichen Ausdrücke, geben ihnen aber sehr unterschiedliche Bedeutungen. Wettbewerb gibt es im Gesundheitswesen, aber nicht überall – und das ist auch gut so. Es gibt einen gemeinsamen Markt für gesetzliche und private Krankenversicherungen, aber er ist sehr klein und funktioniert nicht nach den „Gesetzen des Marktes“. Die Beziehungen zwischen Leistungserbringern und Leistungsträgern finden qua Gesetz mal im Wettbewerb und mal im Konsens der gemeinsamen Selbstverwaltung statt. Eine politische Klärung der Begrifflichkeiten (Was verstehen wir unter Wettbewerb und Markt?) ist ebenso notwendig, wie politische Entscheidungen über die Grenzen (Wo wollen wir Wettbewerb und wo nicht?).

Der Gesetzgeber hat in den vergangenen Jahren dazu beigetragen, die Grenzen und Regeln zum Wettbewerb im Gesundheitswesen zu verwischen. Etwa indem er den Sozialgerichten Kompetenzen entzogen hat und der sozialrechtlich organisierten GKV das Wettbewerbsrecht und die Zivilgerichtsbarkeit aufgedrängt hat. Dies ist ein Irrweg. Eine Verbesserung der Aufsicht und Kontrolle ist zwingend innerhalb des sozialrechtlichen Rahmens vorzunehmen.

Auf der anderen Seite wird die Private Krankenversicherung in zunehmendem Maße ihrer Alleinstellungsmerkmale und der Legitimation für die Dualität beraubt. Sie profitiert von den Rabattinstrumenten der GKV, die Maklerprämienexzesse mussten gesetzlich reguliert werden, der stetige Zustrom der Gutverdiener aus der GKV wird ebenfalls gesetzlich erleichtert. Setzt sich der Ansatz der derzeitigen Bundesregierung langfristig durch, werden sich GKV und PKV soweit angeglichen haben, dass es keinerlei Gründe für die Dualität mehr gibt.

An der Überwindung der nur noch historisch begründbaren Dualität zwischen GKV und PKV führt kein Weg vorbei. Anders als Union und FDP sehen wir Sozialdemokraten die Zukunft des Gesundheitssystems aber nicht in der Privatisierung der GKV. Sie verfehlt das Ziel eines besseren, nachhaltig finanzierbaren und in der Bevölkerung akzeptierten Gesundheitssystems.

Um die teilweise absurden Folgen der Dualität für die Versorgung der Versicherten, die ungleiche Verteilung des Morbiditätsrisikos und die massiven Effizienzverluste an den Schnittstellen zu beheben, hat die SPD das Modell der Bürgerversicherung entwickelt. Die Bürgerversicherung ist das Gegenteil von Einheitskasse oder Gesundheitssozialismus. Sie ist die Vollendung der sozialen Marktwirtschaft im Gesundheitssystem. Dass sich die Erben Ludwig Erhards auch 60 Jahre später immer noch gegen ihre eigenen Ideen wehren, sollte ihnen zu denken geben.

Was bedeutet die Bürgerversicherung für das Gesundheitssystem? Wir wollen mit ihr den fehlgesteuerten Wettbewerb zwischen GKV und PKV in einen funktionierenden gemeinsamen Markt überführen. Bürgerversicherung heißt: Chancengleichheit, Transparenz, soziale Verantwortung, Solidarität und Selbstverwaltung. Wir bieten mehr an als die Frage: Wo bin ich künftig versichert? Das Gesundheitssystem von morgen braucht eine kohärente Lösung auf der Leistungs- wie auf der Finanzierungsseite. Die Bürgerversicherung ist daher vor allem ein Angebot zur Versorgung der Menschen. Wir wollen weg von den Reibungsverlusten, den Ineffizienzen und den falschen Anreizstrukturen im Gesundheitssystem. Es überlastet die Leistungserbringer völlig, muss aber von den Versicherten mit immer höheren Beiträgen bezahlt werden.

Um die Versorgung für die Bürgerinnen und Bürger zu verbessern, brauchen wir mehr Orientierung an den Versorgungsprozessen. Daher wird die SPD alle Vorschläge und Ideen daran messen, welchen tatsächlich messbaren Nutzen sie für die medizinische Versorgung haben. Dies gilt für den Abbau von Über- und Unterversorgung ebenso, wie für eine sektorenübergreifende Neuausrichtung der Versorgungsbereiche. Unterm Strich muss für die Versicherten ein Mehr an Versorgungsqualität stehen. Das erreichen wir durch verlässliche Versorgungsstrukturen aber auch einen effizienteren Einsatz der Mittel.